

Grußwort

gehalten von Uwe Klemens,
stellvertretender Verbandsvorsitzender des Verbandes der
Ersatzkassen e. V.

anlässlich des

25-jährigen Jubiläums der vdek-Landesvertretung Rheinland-
Pfalz

„Gesundheit und Pflege 2040 – Heute den Weg für morgen ebnen
– wo müssen wir hin?“

am 14. Oktober 2015 in Mainz

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

die Ersatzkassen sind seit einigen Jahren die größte Kassenart. Das gilt auch in Rheinland-Pfalz: Hier organisieren unsere Mitgliedskassen die medizinische Versorgung für rund 1,3 Millionen Versicherte. Das entspricht über 30 Prozent der Bevölkerung. Die vdek-Landesvertretung unterstützt die Ersatzkassen dabei seit 25 Jahren kompetent vor Ort. Den Startschuss gab die Landesvertretung Hamburg, die am 9. April 1990 gegründet wurde. Im selben Jahr haben die Mitgliedskassen die Landesvertretung in Rheinland-Pfalz eingerichtet. Heute spiegeln sich im Verband die föderalen Strukturen der Bundesrepublik wider. Die Verbandszentrale setzt sich für die politischen Interessen der Ersatzkassen auf der Bundesebene ein – ihre Landesvertretungen sind neben der politischen Arbeit auf der Landesebene maßgeblich mit der konkreten Versorgungsgestaltung vor Ort befasst.

Blicken wir zurück: Ende der 1980er Jahre begann – ausgelöst durch die Kostendämpfung – die Diskussion um eine Strukturreform der gesetzlichen Krankenkassen.

Wir hatten damals über 1.200 Krankenkassen und 15 Ersatzkassen. Und es wurde überlegt, die bundesweiten Krankenkassen – insbesondere die Ersatzkassen – zu regionalisieren. In der Folge hätte sich die Anzahl der rechtlich eigenständigen Krankenkassen erhöht.

Später – unter Ulla Schmidt haben wir – wie Sie wissen – genau das Gegenteil diskutiert. Da sollte die Zahl der Krankenkassen sinken.

Die Regionalisierung aber sollte vornehmlich zweierlei bewirken: Zum einen wollten die meisten Landesregierungen gern über alle Krankenkassen die Aufsicht führen. Zum anderen wollten sie feste und verlässliche Ansprechpartner vor Ort haben.

Deshalb haben sich die Ersatzkassen entschieden, über gemeinsame Landesvertretungen ihre regionale Präsenz zu stärken. Und die Zerschlagung der bundesunmittelbaren Ersatzkassen zu verhindern. Denn es entsprach und entspricht unserer Überzeugung, dass wir als bundesweite Kassen das bessere Konzept bieten. Die Ersatzkassen konnten dadurch, dass ihr jeweiliger Beitragssatz in allen Bundesländern gleich war, die Einnahmen- und Ausgabenunterschiede in den wirtschaftlich unterschiedlich starken Regionen automatisch ausgleichen. Der interne Finanzausgleich der Ersatzkassen stabilisierte einerseits die Beitragssätze in den Ländern mit tendenziell niedrigeren Einkommen. Andererseits konnten die hohen Preise in ausdifferenzierten Versorgungsregionen solidarisch aufgefangen werden. Heute bestimmen der Gesundheitsfonds und ein Morbi-RSA maßgeblich die finanziellen Grundlagen der Krankenkassen. Wir haben damit ein sehr kompliziertes Ausgleichssystem bekommen, das grundsätzlich die Basis für ein wettbewerbliches Krankenversicherungssystem bietet. An der einen oder anderen Stelle erzeugt es aber Verwerfungen in Form von Über- oder Unterdeckungen. So ist und bleibt es eine ständige Aufgabe, den Finanzausgleich gerechter zu gestalten.

Denn jede Drehung an den Stellschrauben dieses Systems kann große Auswirkungen auf die Wettbewerbsposition einer Kasse haben.

Doch zurück. Im Jahr 1990 startete auch hier in Rheinland-Pfalz die Landesvertretung. Zunächst nur als politischer Brückenkopf mit sehr wenigen Mitarbeitern. Heute sind in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz unter der Leitung von Martin Schneider 21 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beschäftigt, die sich mit allen Aspekten der Versorgung auseinandersetzen. Hinzu kommen 30 Beschäftigte in den Pflegestützpunkten im ganzen Land.

Unser Konzept ist aufgegangen. Die Ersatzkassen haben der Politik erfolgreich eine Alternative zur Regionalisierung der Ersatzkassen aufgezeigt. Und ich denke, alle Seiten sind damit gut gefahren.

Was aber anstelle der Regionalisierung der Kassen kam, war die gesetzliche Regionalisierung des Vertragsgeschäfts im ärztlichen und zahnärztlichen Bereich. Und zwar über das Gesundheitsstrukturgesetz von 1993, mit dem auch gemäß des Lahnstein-Kompromisses die Kassenwahlfreiheit und der Risikostrukturausgleich eingeführt wurden.

Für die vdek-Landesvertretungen bedeutete das zunächst einmal eine Erweiterung ihrer Aufgaben. Man richtete Vertragsreferate ein und zwar jeweils getrennt für den ambulanten und den stationären Bereich. So war es möglich, die regionale Versorgung aktiv zu gestalten.

Aus den dann folgenden Jahren möchte ich vier weitere Meilensteine in der Geschichte der Landesvertretungen hervorheben:

Erstens: Die Einführung der Pflegeversicherung im Jahr 1995. Die Ersatzkassen haben den Verband und seine Landesvertretungen mit den zentralen Aufgaben zur Umsetzung dieser Aufgabe betraut. Dass die Pflegeversicherung auch in Rheinland-Pfalz eine Erfolgsgeschichte ist – daran hat der Verband und seine Landesvertretung einen erheblichen Anteil. Das gilt hier vielleicht sogar noch mehr als in anderen Bundesländern, weil die rheinland-pfälzische Landesregierung den Ausbau der Pflegestützpunkte sehr intensiv betrieben hat. Aber auch diese Aufgabe konnten die Landesvertretung und die Mitgliedskassen gemeinsam erfolgreich stemmen.

Zweitens: Die Einführung der Disease-Management-Programme im Jahr 2001. Diese Programme haben die Versorgung vieler chronisch kranker Menschen verbessert. Die Landesvertretungen haben dafür die notwendigen vertraglichen Grundlagen gelegt.

Drittens: Die Übertragung des Vertrags- und Zulassungsgeschäfts für Heil- und Hilfsmittel und den Rettungsdienst auf die Landesvertretungen im Jahr 2002. Dies war verbunden mit einer edv-gestützten Erfassung aller Leistungserbringer- und Preisdaten für die Versichertenberatung und Abrechnung der Kassen. Für die zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Landesvertretungen war dies ein kleiner Kraftakt.

Und viertens: Die Einführung der Pflegenoten im Jahr 2008. Diese stellte die Kassen vor die Entscheidung, wer die MDK-Prüfungen nachbereitet, die Anhörungen durchführt, die Bescheide zu den Pflegenoten erlässt und anderes mehr.

Heute sind die Pflegenoten erneut Thema in der Politik und im Gesetzgebungsverfahren zum Pflegestärkungsgesetz II. Und ich möchte heute nur so viel dazu sagen: Die Ersatzkassen unterstützen alle Wege, die dahin führen, dass pflegebedürftige Menschen, ihre Angehörigen und Helfer einen umfassenden Einblick darüber bekommen, welche Pflege- und Betreuungsqualität sie in einer Pflegeeinrichtung oder durch einen Pflegedienst erwartet. Und zwar unmissverständlich, klar begreifbar und vergleichbar.

Meine Damen, meine Herren,

die Aufgaben unserer Landesvertretungen haben sich in den vergangenen 25 Jahren verändert – spiegelbildlich zur gesetzlichen Ausgestaltung der Kranken- und Pflegeversicherung.

Einst allein politischer Brückenkopf steht die Arbeit der Landesvertretungen heute auf drei Säulen:

- politische Interessenvertretung,
- Versorgungsgestaltung und
- Dienstleistung für unsere sechs Ersatzkassen.

Damit verknüpft war der personelle Aufbau der Landesvertretungen – heute sind von den 560 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Verbandes mehr als die Hälfte in den Landesvertretungen beschäftigt.

Wichtig für die Akzeptanz ist natürlich auch die innere Verfasstheit der Landesvertretung. Und da gehört zu unserer Kultur im Verband eine enge Abstimmung mit den Mitgliedskassen. Gerade weil die Kassen untereinander im Wettbewerb um Versicherte stehen. Die Landesvertretungen arbeiten auf Basis einer Geschäftsordnung mit klar geregelten Zuständigkeiten für die einheitlich und gemeinsam zu schließenden Vertragsvereinbarungen. Darauf bauen Gremien auf, die geprägt sind – und das ist mir wichtig – vom Konsensgedanken. Mehrheitsvoten sind die Ausnahme.

Etwas anderes ist für den Verband auch gar nicht vorstellbar, denn wir sind seit dem Jahr 2008 ein freiwilliger Verband.

Mit der Organisationsreform des Wettbewerbsstärkungsgesetzes aus dem Jahr 2007 wurde nämlich die verpflichtende Mitgliedschaft der Kassen in den Kassenartenverbänden aufgehoben.

Für den Verband war das eine existenzielle politische Entscheidung, denn damit gingen viele Aufgaben, für die zuvor die Spitzenverbände der Krankenkassen zuständig waren, an einen neuen gemeinsamen Dachverband über. Und der musste natürlich auch bezahlt werden.

Nach einer intensiven internen Diskussion haben sich die Ersatzkassen aber – und ich sage richtigerweise – für die Beibehaltung ihres Verbandes und seiner Landesvertretungen entschieden.

Es ist aber keineswegs ein Selbstläufer, dass die Landesvertretungen als dieser Bevollmächtigte agieren. Die Ersatzkassen sind in dieser Entscheidung frei. Es ist aber immer eine gute Entscheidung, sich für den Verband zu entscheiden. Nur so kann es gelingen, die gemeinsamen Interessen zu bündeln und wirkungsvoll sowohl in Politik als auch gegenüber den Leistungserbringern zu vertreten.

Die Landesvertretungen des vdek blicken auf eine erfolgreiche Arbeit zurück. Eine Arbeit, deren Ergebnisse die Politik bislang überzeugt, so dass sie an den bestehenden Strukturen festhält.

So können wir auch weiterhin hier in Rheinland-Pfalz wie auch in den anderen Bundesländern aktiv an der Gestaltung der Versorgung mitwirken. Ganz so wie der Titel, unter dem die Veranstaltung des heutigen Abends steht: Wir werden den Weg für morgen ebnen.

Denn eines ist sicher: auf dem Weg bis 2040 wird es uns in den Bereichen Gesundheit und Pflege nicht an Herausforderungen mangeln. Die älter werdende Gesellschaft stellt uns zum Beispiel vor die Herausforderung, die medizinische Versorgung mit anderen Schwerpunkten zu organisieren. Dafür müssen Ärzte, Heilberufe und die nicht-ärztlichen und pflegenden Professionen vorbereitet werden.

Wir werden auch andere Strukturen brauchen. Dabei werden die Konzepte im städtischen Raum wie in Mainz oder meinem Geburtsort Speyer zwangsläufig anders aussehen müssen als in ländlichen Regionen mit einer abnehmenden Bevölkerung.

Wichtig ist, dass wir uns diesen Herausforderungen auf einer verlässlichen finanziellen Basis stellen können. Und das heißt für mich, dass beide Seiten – Versicherte und Arbeitgeber – sich ihrer Verantwortung für das gemeinsame Gesundheitswesen stellen.

Denn die Versorgung wird nicht billiger. Da darf es nicht sein, dass die zusätzlichen Ausgaben allein durch die Versicherten in der gesetzlichen Krankenversicherung über den Zusatzbeitrag geschultert werden.

Wir werden uns schon in naher Zukunft über eine Anpassung des Arbeitgeberbeitrags unterhalten müssen. Allein die Gesetzgebung dieser Wahlperiode – ich nenne hier exemplarisch nur das Versorgungsstärkungsgesetz, die Krankenhausreform oder das Präventionsgesetz – führt dazu, dass der durchschnittliche Zusatzbeitragssatz von heute 0,9 Prozent bis 2018 auf 1,4 oder 1,5 Prozent steigen wird.

Die Ersatzkassen stehen seit jeher für eine paritätische Finanzierung des Gesundheitswesens. Wir werden uns auch in Zukunft für dieses Ziel einsetzen.

25 Jahre Landesvertretung Rheinland-Pfalz. Das ist ein Datum, das uns mit Stolz und mit Dankbarkeit erfüllt und ich möchte mich ganz herzlich bedanken:

Ich bedanke mich bei den Vertreterinnen und Vertretern unserer Mitgliedskassen für ihr Vertrauen in die Kompetenz des Verbandes und die konstruktive und kooperative Zusammenarbeit auf allen Ebenen.

Mein Dank geht auch an die Vertragspartner für das faire Miteinander und den ein oder anderen Kompromiss. Denn ohne Kompromisse kommt die gemeinsame Selbstverwaltung auch nicht aus.

Mein Dank gilt der Politik für den kritischen Dialog und das gegenseitige Zuhören.

Nicht zuletzt bedanke ich bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Landesvertretung für die geleistete gute Arbeit. Ich kann nur sagen: Weiter so!

Freuen wir uns auf die weitere gemeinsame Zeit. Die Ersatzkassen in Rheinland-Pfalz und ihr Verband werden Ihnen weiterhin ein guter und verlässlicher Partner bleiben.